

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.88 Bielefelder, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kinderzage“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Zeile oder deren Raum 10 Pfennig. Restliche 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67577.

Nr. 90.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonntag, den 19. April 1931.

13. Jahrgang

Gott, der du reich bist an Erbarmen,
Nimm dein Erbarmen nicht von mir
Und führe durch den Tod mich Armen
Durch meines Heilands Tod zu dir.
Da bin ich ewig recht erfreut
Und rühme die Barmherzigkeit.

Phil. Friedr. Siller, geb. 1699.

Barmherzigkeit Gottes.

Die Güte des Herrn ist es, daß wir nicht gar aus sind. Seine Barmherzigkeit hat noch kein Ende. Klagelieder 3, 22.

Klagelieder werden viele gesungen, täglich und reichlich, besonders in unserer Zeit. Kaum, daß man noch einem Menschen begegnet, der sich nicht für verpflichtet hält, ein solches anzustimmen. Merkwürdig, auch die Bibel hat ein Klagelied! Gott kennt unsere Herzen. Er weiß, daß wir von ihm gezeichneten Menschenkinder ohne Klagen nicht fertig werden. Aber in diesem Buche der Klagelieder können wir lernen, wie der Christ, der mit Gottes Lebendigkeit rechnet, der also glaubt, klagen soll. Gott verlangt niemals Uebermenschliches von uns. Nur Menschen verlangen von Menschen Uebermenschliches. Gott befiehlt nicht roh und rauh: „Schluß mit Euren Klagen!“ Im Gegenteil, man kann Menschen nicht genug anraten, vor Gott zu klagen anstatt vor Menschen. Vor Gott wirft Du mit Deinem Klagen verstanden, vor Menschen findest Du oft für Deine tiefste Not kein Verständnis. Ja, Du selbst bist auch gar nicht imstande, Deine Klagen richtig vorzubringen. Gott aber weiß, was in unseren Herzen ist. Er ist nicht angewiesen auf unser unzureichendes Wort. Die Tiefe unseres innersten Wesens ist seinem Blicke nicht verborgen. Dies Buch der Klagelieder will betend gelesen sein. Seine Klage sollst Du zu der Deinen machen. Ebenso will mancher Notschrei aus dem Psalm und mancher Hilferuf der bedrängten Leute, die mit ihrer Not zu Jesus kamen, Dich lehren, wie man mit seinen innersten Schwierigkeiten zu Gott kommen soll. Vielleicht bist Du gerade einer von den Blinden, die gern sehen möchten, eine von den Müttern, deren Töchter übel geplagt werden, eine von den Weinenden, wie jene Witwe von Nain, die keine Worte finden konnte für ihre Klagen. Ja, die Heilige Schrift will Dir helfen, gerade Deine Not vor Gott zu bringen. Denn das ist eine köstliche Hilfe. Die Heilige Schrift ist ja nicht nur Lob und Preis und Dank und Anbetung. Das Wort Gottes ist auch Klagewort hart mit der Not ringender Menschenkinder.

Aber inmitten des Klageliedes steht dies köstliche 3. Kapitel. Es lehrt, daß Christen ihr tagtägliches Leben in einem ganz anderen Lichte betrachten sollen, als sonst jemand in der Welt. Es ist noch nicht alles aus! Du wirst freilich sagen: Wahrhaftig, ein schwacher Trost! Aber nach Gottes Meinung ein großer Halt. Seine Barmherzigkeit ist noch nicht am Ende. Dann erst ist Grund zu wirklicher Klage, wenn das Furchtbare eintritt, daß sich Gottes Barmherzigkeit in Verstockung, seine Gnade in endgültiges Gericht verwandelt. Aber noch ist das Letzte nicht da, noch ist Gnadenzeit, noch steht die Menschheitsgemeinschaft unter dem Kreuz, noch gibt Gott der Christenheit auf ihre Bitte den Geist, noch schenkt er durch denselben Geist neues Leben, noch sind die Pforten der Ewigkeit nicht geschlossen durch den, der den Schlüssel des Totenreiches (Hölle) in seiner Hand hält. Ist das wenig, daß wir einen Herrn haben, der uns das Klagen nicht verwehrt, sondern ihr sein Ohr leiht? Es gibt einen Ort, wo unser Klagen verstanden wird, die Treue unseres Gottes in Christo, die alle Morgen neu ist. Viel besser als die Klagen in sich hineinzustressen und verbittert zu werden und den Glauben zu verlieren, ist immer wieder, Tag für Tag sein Herz vor Gott auszuschütten. Dann wirst Du — so mühselig auch Deine Lage sein mag — merken, daß das Wort von der Güte Gottes, die nicht aus ist, Wahrheit und Kraft und Trost ist. Simon.

Was vorgeht.

In Spanien ist nun auch die Monarchie gestürzt. Das Schicksal Spaniens gleicht in mancher Beziehung dem Schicksal Deutschlands. Die jetzt abgeschlossene Periode des spanischen Staatslebens hat ungefähr ebensolange gedauert als das im Jahre 1871 neu entstandene Deutsche Kaiserreich. Auch von Spanien kann gesagt werden, daß es in dieser Zeit eine wirtschaftliche Blüte erlangt hatte, wie sie ihm seit Jahrhunderten unbekannt war. Die sogenannte Demokratie, die jetzt in der ganzen Welt aufsteht über diesen neuen Sieg, spricht von einer reaktionären Willkürherrschaft, die von dem spanischen Regierungssystem über das spanische Volk ausgeübt worden sei. Wollte man darüber urteilen, müßte man spanische Verhältnisse, den Charakter des spanischen Volkes und ebenso den Charakter des Königs und seiner Ratgeber gut kennen. Vor einem Menschenalter war die Vorstellung eines evangelischen Deutschen von spanischen Verhältnissen noch durchwoben von Gedanken an mittelalterliche Inquisitionen. Es mag ja auch so sein, daß das kulturelle, das wirtschaftliche und das politische Leben in Spanien auch in den letzten Jahrzehnten noch in viel stärkerem Maße von der einen Regierungsmacht aus beeinflusst wurden in einem Maße, wie das in keinem anderen der modernen Kulturstaaten mehr der Fall war. Ob aber den klerikalen oder den dynastisch-monarchistischen Einflüssen die Hauptschuld zuzuschreiben ist, wenn der Masse des spanischen Volkes der Zugang zu moderner Geisteskultur versperrt blieb, wie die Demokratie behauptet, wer will das sagen? Jedenfalls waren die Mächte, die in aller Welt an dem Sturze jeden Staatswesens arbeiten, in dem sich gewisse Ordnungen auf nationaler Grundlage behaupten, schon lange am Werk, auch den spanischen Thron zu unterminieren. In dem General Primo de Rivera fand der König vor 8 Jahren den Staatsmann, der bereit war, dem spanischen Staat sein Königtum zu erhalten. Manche Symptome bei den Putschversuchen der Revolutionäre in den letzten Jahren und auch manche Einzelvorgänge jetzt bei dem Umsturz berechtigen zu der Annahme, daß es auch jetzt noch einem zielbewußten und tatkräftigen Manne hätte gelingen können, die Lage für das alte System zu retten. Die Wahlen hatten zu Ungunsten der alten Regierung entschieden. Aber auch bei dieser Wahl hat nicht die wahre Volksmeinung, sondern die rücksichtslose Agitation gesiegt. Die „Demokratie“, welche seit mehr als hundert Jahren systematisch das Schicksal der Monarchie betreibt, hat von dem Mittel, mit dem heute die Menschen am leichtesten zu gewinnen sind, dem Geld, für diesen Zweck immer genügend zur Hand.

Die Zwischenzeit, die zwischen dieser Niederschrift und dem Zeitpunkt liegt, wo dieselbe in die Hände der Leser kommt, hat vielleicht auch den Sturz des Königtums in Rumänien gebracht. Dort ist es schon seit Jahr und Tag für das Königs Haus sehr ungemütlich. Titulescu, der den Auftrag zur Regierungsbildung hat, stellt ein Programm auf, das Vereinfachung der Verwaltungsreform, Aushebung der regionalen Direktorate und die Abschaffung der autonomen staatlichen Wirtschaftsbetriebe fordert mit Ausnahme derjenigen, deren Einkünfte für die Amortisierung der ausländischen Anleihen verpfändet sind.

Wer etwas unterrichtet ist über die rumänischen Verhältnisse, kann aus den genannten Forderungen erkennen, daß dieselben den Forderungen sehr ähnlich sehen, die die von internationaler Demokratie und Kapital beherrschte Demokratie immer stellt. Sie versteht es, die Dinge so darzustellen, als stehe hinter jenen reaktionären Schranken die wirtschaftliche und politische Freiheit für alle und warte nur darauf, alles Volk zu beglücken. Wo sich aber nun jetzt wieder die Ereignisse zeigen und es so aussieht, als komme der Siegeszug der Demokratie, als dessen Ausgangspunkt doch wohl die französische Revolution angesehen werden kann, nun endlich zu seinem höchsten Ziele, sollte doch gefragt werden, ob die staatlichen und politischen Entwicklungen, die durch die demokratischen Revolutionen herbeigeführt worden sind, nun auch wirklich die Ursachen sind der wirtschaftlichen, kulturellen und technischen Fortschritte, die das letzte Jahrhundert zu verzeichnen hat. Fraglos hat sich der Intelligenz, der menschlichen Klugheit damit ein viel weiteres Feld aufgetan. Denkt man aber an die Massen des Volkes, deren Existenz immer abhängig ist von der Staatsordnung, der sie untersteht, wird man nicht sagen können, daß es dieser Masse in den Staaten am besten geht, die sich rühmen, der Demokratie am ersten bei sich Raum geschaffen zu haben. Es kommt doch immer darauf an, welcher Regierungsform es am besten möglich ist, diejenigen, die zur Regierung berufen

werden, in der Verantwortung zu halten, die man als moralisch bezeichnet.

Sieht man ab von einigen faschistischen Unterbrechungen in der Türkei, in Ungarn, Italien und in Spanien, so scheint es, als schreite die demokratische Entwicklung unaufhaltsam fort und jedes Angehen dagegen sei zwecklos. Aber auch diesmal wird es wieder so sein, daß diese Zeitperiode mit ihren Ereignissen auch nur den Boden bereitet, auf dem neue Generationen den alten, den Menschen nun einmal verordneten Kampf weiter führen werden. Ohne für die eine oder andere Staats- oder Regierungsform mehr Sympathien zu haben, suchen wir immer darüber nachzudenken, wie uns und unseren Mitmenschen ihr Los und ihr Kampf möglichst erleichtert werden könnte. Dabei hat uns die Erfahrung gelehrt, daß es um eine Familie, um eine Gemeinde, um einen Verein, um eine Gesellschaft irgendwelcher Art, um einen Staat dann am besten steht, wenn an der Spitze ein Mann mit dem Sinn für Gerechtigkeit steht, der die Zügel fest in die Hand nimmt und führt, auch wenn es in seiner Sippe einmal rumort. Das wissen auch die Führer in der Demokratie, und es ist nichts als ein großer Volksbetrug, wenn den Massen vorgerebet wird, es gebe eine Demokratie, die williger und fähiger sei, dem Volke größere Gerechtigkeit zu bringen als eine Monarchie überhaupt.

Die Berliner „Vossische Zeitung“, die sich besonders herzlich über den Sturz von Königen freut, sagt in einem Artikel, den sie überschreibt „Der letzte König“ von König Alfons XIII. unter anderem folgendes: „Die kluge Neutralitätspolitik, die er während des großen Krieges durchführte, hat dem schwer leidenden Lande die einzigartige Gelegenheit verschafft, sich gründlich zu erholen. Spanien nahm wirtschaftlich einen unerhörten Aufschwung.“ Es ist nicht das erste Mal in der Weltgeschichte, daß eine revolutionäre Demokratie sehr schnell zerstört, was ein kluger und tüchtiger König aufgebaut hatte. Was wird das Schicksal Spaniens sein? Sicher wird auch um Regierungssysteme noch nicht der letzte Kampf gekämpft sein.

Wie wenig ein Volk zur Ruhe kommt, auch wenn eine demokratische Regierung die Zügel in der Hand hat, das erleben wir in Deutschland immer wieder. Zwölf Jahre waltet nun über Deutschland ein Regiment, das dem Volke einst ein Leben in Freiheit und Würde versprach. Und unaufhörlich toben die parteipolitischen Kämpfe. Die Agitation für das Volksbegehren zur Auflösung des preussischen Landtags wird auf Grund der Notverordnung auf eine Weise überwacht und gehemmt, die fast lächerlich wirkt. Die Versammlungen werden aufgelöst, die Flugblätter beschlagnahmt und die Beamten sollen in so scharfer Weise kontrolliert werden, daß es kaum einer wagt, seinen Namen in die Liste zum Volksbegehren einzutragen. Das geschieht im demokratischen Deutschland. In Berlin wurde ein Handzettel beschlagnahmt, der zu einer Versammlung des Christl. Sozialen Volksdienstes einlud. Der Zettel hat außer der Einladung folgenden Zusatz enthalten:

„Die Eintragungsfrist für das Volksbegehren mit dem Ziel der Auflösung des preussischen Landtags läuft nur vom 8. bis 21. April. Ehrenpflicht für jeden evangelischen Christen ist es, nachdem das Volksbegehren zugelassen ist, diese Möglichkeit auch zu benutzen, um für Stärkung des christlichen Einflusses in unserem Volksleben öffentlich und nachdrücklich einzutreten. Darum, evangelische Männer und Frauen, kommt und hört, worum es geht.“

Die Polizei soll sich darauf berufen haben, daß öffentliche Ankündigungen politischer Versammlungen nur die nötigen sachlichen Angaben enthalten dürfen, sonst können sie beschlagnahmt werden — wenn nämlich eine Ausschreibung zu befürchten ist. Obgleich eine solche Ausnahme nun gerade bei einer Einladung des Christl. Sozialen Volksdienstes etwas eigentümlich ist, so deckt sich diese Auffassung der Polizei doch mit einer Forderung, die in bezug auf Wahlagitator und Beeinflussung der Volksmeinung früher schon von nachdenklichen Staatsbürgern gestellt worden ist. Dort wurde verlangt, daß nach Festsetzung des Wahltermins und nach amtlicher Bekanntmachung aller Formalitäten, der Personalien und der Parteizugehörigkeit der sich um die Mandate bewerbenden Personen jede parteipolitische Agitation im Lande auf das strengste verboten werden solle. Tatsächlich dürfte bei einem solchen Modus das Ergebnis von Wahlen viel eher als der Ausdruck der Volksmeinung bezeichnet werden können als bei dem jetzigen Verfahren, wo neben amtlicher Beeinflussung durch die Organe, welche die Machtinstrumente zur Zeit in der Hand haben, im öffentlichen Wahlkampf durch allerlei terroristische und sonstige Beeinflussungsmittel ein Ergebnis erzielt wird, bei dem von einer freien Willensentscheidung gar keine Rede mehr sein kann. Arthur Mahraun, der

Führer des Jungdeutschen Ordens, sag' in einem Artikel im „Jungdeutschen“, die jetzigen Regierungsmethoden rüttelten an den Grundrechten des deutschen Staatsbürgertums. Die Handhabung der Polizeigewalt, wie sie heute in Preußen angewendet werde, könne so nicht weiter gehen. Die unzähligen Verbote, mit denen die preussische Regierung die Entwicklung des Radikalismus verhindern wolle, habe ihn nur gestärkt. Bei der Anwendung eines solchen Systems sei eine sachliche politische Auseinandersetzung nicht mehr möglich. Mahraun ruft dann seine Anhänger auf, sich für das Volksbegehren zur Auflösung des preussischen Landtages einzusetzen.

Welche Blüten der Eifer der Organe eines demokratischen Freistaates treibt, hat den Lesern der Brief aus Essen in der Freitagnummer gezeigt. Die Großstadtzeitungen und die Provinzzeitungen berichten täglich, mit welcher Nervosität die Polizeiorgane vorgehen. Man weiß, daß Minister Severing seine Leute gut im Zuge hat. Aber diesmal scheint doch ein ganz besonderer Druck dahinter zu stehen. Freude kann man an solchen politischen Verhältnissen nicht haben. Der stille Wunsch mancher deutscher und preussischer Staatsbürger, die Verhältnisse möchten sich einmal so günstig entwickeln, daß dadurch allem Radikalismus der Wind aus den Segeln genommen werde, will sich gar nicht erfüllen. Wir lassen diese Tage einen Bericht über die Finanzlage der preussischen Gemeinden, der im Blick auf die Erwerbslosen, deren letzte Hilfe noch die Gemeinden sind, zu den schwersten Sorgen Anlaß gibt. Ueber eine halbe Million Wohlfahrtserversorger waren am 1. Januar 1931 vorhanden. Dabei wissen die meisten Städte und Gemeinden schon jetzt nicht mehr, wie die vorhandenen Schulden einmal wieder gedeckt werden sollen. Seltener wird nur eine neue Regierung können, die andere Mittel weiß als die, die bisher versucht wurden. Wer aus Ruder will, findet eine schwere Aufgabe.

Die Auswirkungen der Notverordnung.

Als der Herr Reichspräsident auf Empfehlung der Reichsregierung am 28. März die bekannte Notverordnung erließ, gingen er und seine verantwortlichen Ratgeber sicher von dem Gedanken aus, daß die durch scharfe Gegenstände und Ueberforderungen verursachten Ausschreitungen auf dem Gebiete des politischen Kampfes, bei denen Mord und Totschlag zu den Tageserscheinungen gehörten, mit verschärften gesetzlichen Maßnahmen zu begegnen sei. Demgemäß war denn auch die Notverordnung frisiert mit dem Ziel, durch Wählgang des Kampfes eine weitere Verschärfung der Gesetze zu verhindern. Die Aufnahme dieser Notverordnung in der deutschen Presse war sehr verschieden. Die Zeitungen der Rechtsopposition erblickten in derselben eine Waffe gegen sich selbst gerichtet, die im Kampf um das Volksbegehren in Preußen die agitatorische Freiheit einengen, bezw. unterbinden sollte. Die Parteiblätter mittlerer Richtung begrüßten zwar unter Hinweis auf den unerträglich gewordenen Kampf die Notverordnung, gaben aber der Befürchtung Ausdruck, daß die den Landesbehörden verliehenen Machtvollkommenheiten geeignet seien, eine willkürliche parteipolitische Handhabung der Verordnung zu ermöglichen. Die Linksblätter vom Schlage des „Vorwärts“ blickten zwar etwas süßauer drein, aber ein ernstlicher Widerstand war, wie man

heute verstehen kann, nicht sichtbar. Dieser Haltung der Presse und den Protesten der Opposition gegenüber beilegte sich bekanntlich die Reichsregierung zu erklären, daß von einer Erdröpfung der politischen Freiheit keine Rede sein könne, auch nicht, daß man dem Volksbegehren Abbruch tun wolle usw. Besonders der Reichsminister Dr. Wirth versicherte in einer Rundfunkrede mit der Wucht seiner Rednergabe, daß man hauptsächlich die „Gottlosenpropaganda“ unterbinden wolle; er fordere Achtung vor dem Kreuz und die Religionsgemeinschaften dürften nicht verlästert werden. Nur so nebenbei ließ der Minister durchblicken, daß ein schärferes Vorgehen gegen das politische Rowdytum Zweck der Verordnung sei.

Nach all diesen Versicherungen hätte man nun beruhigt annehmen können, daß alles in bester Ordnung sei und die wohlweisliche Vorsicht der Reichsregierung dafür gesorgt habe, daß der friedliche deutsche Reichsbürger sich ruhig schlafen legen könne. Leider war diese Meinung, für den, der sie geäußert hat, irrtümlich. Leichtgläubige Menschen haben ihre Rechnung ohne die Machthaber in Preußen gemacht, die, dieses Instrument der Notverordnung einmal in die Hand bekommen, gezeigt haben, daß sie auch darauf zu spielen verstehen. In Dortmund setzte die marxistische Willkür ein. Zwar konnte der preussische Innenminister Severing nicht anders, als dem Verantwortlichen eine Rüge zu erteilen. Aber eine Änderung des Systems bedeutete das nicht. Im Gegenteil! Es folgten Verbote auf Verbote. Versammlungen wurden aufgelöst, Flugblätter für das Volksbegehren verboten und dem Stahlhelm das Tragen der Uniform untersagt. In einer Provinz fing es an und prompt folgten die Oberpräsidenten der meisten Provinzen nach. Es soll nicht untersucht werden, inwiefern hier eigener Wille maßgebend gewesen ist, oder ob Winke von Berlin, oder ein Liebgelien nach Berlin die Triebfeder gewesen sind. Wir nehmen natürlich zu Gunsten der Herren Oberpräsidenten an, daß derartige Betrachtungen durchaus nicht in Frage kommen können. Aber wie es auch sei, die jetzigen Zustände schreien zum Himmel und sind unerträglich geworden. Haben wir denn in unserem Rechtsstaat zweierlei Recht? Fast mußte man es glauben; denn wenn man sich die beanstandeten Flugblätter ansieht oder die angeblich rednerischen Entgleisungen prüft, sagt man sich, wie harmlos das doch alles ist gegenüber der Kampfesweise, die von den heutigen Machthabern im früheren königlichen Preußen beliebt wurde. Und niemand hat ihnen deswegen, wenn es nicht allzu bunt wurde, ein Haar gekrümmt. Gewiß soll und muß dem hemmungslosen Kampf, bei dem Leben, Ehre und Ansehen der Mitmenschen auf dem Spiele stehen, ein Riegel vorgeschoben werden. Aber gleiches Recht für alle. Auch sind wir der Meinung, daß diejenigen, die mit Zwangsmitteln den politischen Kampf verfeinern wollen, selbst mit gutem Beispiel vorangehen müßten. Daran mangelt es aber. Stellt das z. B. der „Berliner Lokalanzeiger“ aus einer Rede des preussischen Ministerpräsidenten Braun folgende von ihm gebrauchte Ausdrücke zusammen: „Unversöhnlichkeit und Frechheit“ — „unehelich“ — „Abgesotttheit des Schwindels“ — „verlogene Demagogie“ — „gewissenlose Verleumdung“ — „Schlauei der Lüge und der Phrase“ — „Gift der Grundlosigkeit und Verleumdungssucht.“ Alle diese Ausdrücke waren auf die nationale Rechte gemünzt in einer Rede, in der Ministerpräsident Braun für anständige Führung des politischen Kampfes eintrat. Wenn das am grünen Holz geschieht, was soll dann am

dürren werden? Erstauslich ist, daß Herr Braun auch noch behauptet, es gebe nirgends so viel politische Freiheit, wie in Preußen.

Inzwischen wurde die Erregung über die rigorose Anwendung der Notverordnung immer größer. Zahlreiche Proteste sind bereits den zuständigen Stellen, teils mit Erfolg, zugeleitet worden. Der volksparteiliche Führer, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, hat bei dem Reichskanzler telegrafisch Einspruch gegen die Polizeimaßnahmen erhoben, die sich gegen Wortlaut und Sinn der Notverordnung richten. Dingeldey kündigt an, daß, wenn sich die Praxis der preussischen Behörden nicht ändern sollte, dann politische Komplikationen nicht ausbleiben würden. Auch dem Zentrum, das in Preußen immer noch den Sozialdemokraten die Steigbügel hält und damit ein großes Teil Verantwortung an diesen Zuständen mitträgt, scheint die Praxis ihrer Regierungsfreunde endlich auf die Nerven zu fallen, nur merkt man einem „Hebers Ziel“ überschriebenen Artikel in dem Berliner Zentrumsorgan „Germania“ die große Verlegenheit an, wie man das unbefugliche Empfinden ausdrücken soll, um die Bundesgenossen genügend zu warnen, ohne sie zu verärgern. Das Zentrumsblatt sucht überflüssigerweise für die Berechtigung der Notverordnung eine Begründung, glaubt dann aber ausführen zu sollen, ob es unter den gegenwärtigen Umständen als kluge Politik bezeichnet werden kann, als Antwort des Staates ein dreimonatiges Verbot der Stahelhelmszeitung auszusprechen. Dieses Verbot bedeute, sagt die „Germania“, in der Agitation eine Beschränkung der Freiheit, die die Freunde des Volksbegehrens aus gesetzlichen Gründen mit Recht für sich in Anspruch nehmen, um so mehr, als die Fälle sich häufen, in denen Versammlungen verboten oder durch die Polizei vorgezogen aufgelöst werden. Hier ist, sagt das Zentrumsblatt, etwas nicht in Ordnung und fügt hinzu: „Wir wünschen und erwarten, daß den nachgeordneten Stellen noch einmal mit aller Dringlichkeit eingeschärft wird, sie mögen nichts tun, was so aussehen muß, als wolle man ein gesetzliches verfassungsmäßig garantiertes Recht auf Grund einer Notverordnung einschränken, die nur gegen wirkliche Mißbräuche gerichtet ist.“ Soffentlich sind das nicht nur schöne Worte, sondern die Ankündigung einer Art Protestaktion in der Regierung. Denn nur dann haben diese Ausführungen in der „Germania“ einen Zweck.

Nun noch ein ernstes Wort an den Reichskanzler Dr. Brüning. Der Schreiber dieser Zeilen hat in mehreren Artikeln im „Aufwärts“ die Politik des Herrn Brüning bis zu einer gewissen Grenze verteidigt, zum teilweisen Märgen mancher „Aufwärtsleser.“ Er glaubt daher ein Anrecht darauf zu haben, einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß er in dieser Frage den Herrn Reichskanzler nicht versteht. Der Erlaß der Notverordnung mag hingenommen werden, aber es mußte dann die Möglichkeit genommen werden, daß sie parteipolitisch mißbraucht werden konnte. Nun ist die große Entrechtung der Rechtskreise in Preußen da und der Herr Reichskanzler unternimmt unseres Wissens nichts dagegen! Der Reichskanzler hat sich in manchen Kreisen ein großes Maß an Popularität erworben. Die rechtsgerichteten Mittelparteien haben ihn in schwerster Zeit rechtlos unterstützt. Glaubt Herr Dr. Brüning, daß er sein persönliches und politisches Ansehen sich dauernd erhalten kann, wenn er es weiter zugeht, daß diejenigen, die ihn stützten, von der Preußenregierung entrechtet werden? Wir kennen den formalistischen Weg zum Ein-

Heimathilfe.

Im Mittelpunkt von Berlin ist mir eine Speisewirtschaft bekannt, in welcher man sauber und billig seinen Hunger stillen kann. Dort kehrt es eines abends ein. Es war schon spät. Die meisten Gäste waren fort. Der Kellner, der mich bedient hatte, kam nun endlich auch zu seinem Abendbrot. Er hatte es auf das Fensterbrett neben mir gesetzt und aß stehend. Er erzählte von seiner schlesischen Heimat, in der er am liebsten Handwerker geworden wäre. Aber zu Hause war ein großer Geschwisterkreis, und er hatte früh den Eltern helfen müssen zu verdienen. So war er Kellner geworden, schließlich in Berlin gelandet und dort hängen geblieben. Aber die Sehnsucht nach der Heimat und einer heimathlichen Stätte hatte ihn nicht wieder verlassen. Darum hatte er sich in seinen Freistunden in einer der Berliner Laubenkolonien ein eigenes Häuschen gebaut und lud mich ein, ihn dort einmal zu besuchen.

Bei meiner nächsten Reise nach Berlin stand er, wie verabredet, an der Sperre des Vorortbahnhofes Lichtenberg, um mich abzuholen. Unser Weg führte uns an dem großen Friedhof vorüber, auf welchem, wie mir mein Begleiter sagte, Bebel, Singer und Liebknecht begraben liegen. Mit der Straßenbahn ist er vom Mittelpunkt der Stadt aus in einer halben Stunde zu erreichen. Dicht dahinter öffnet sich ein freies Gelände. Ein hohes, hölzernes Tor taucht auf. Darüber steht mit großen Buchstaben geschrieben: „Kolonie Bielefeld.“ Nicht zur Erinnerung an die Stadt Bielefeld, sondern an den Schöpfer dieser Kolonie.

Ich hatte erwartet, eine Laubenkolonie zu finden, wie man sie bei der Einfahrt in die Großstädte rechts und links vom Eisenbahnzuge aus sehen kann. Aber statt der kleinen, teils offenen, teils mit Brettern verschlagenen Lauben, die im Sommer inmitten ihrer Gärten prangen, im Winter aber tot und verlassen da liegen, fand ich hier etwas ganz anderes. Ich kam aus dem Staunen nicht heraus. Es waren gar keine Gartenslauben von der Art, wie man sie gewöhnlich sieht, sondern lauter einzelne richtige Häuser. Das eine kleiner, das andere größer; das eine zunächst nur aus einem Raum bestehend; die meisten aber aus 2, einige auch aus 3 Räumen aufgerichtet. Alle aus

Holz. Die einen fertig, die andern noch im Bau begriffen. Manche, inmitten ihrer Gärten, im Schmuck leuchtender Farben prangend. Auf dem Dach ein Taubenschlag. Nebenan gebaut ein Hühner- und Kaninchenstall. Der eine Garten mit den bescheidensten Mitteln angelegt, der andere geziert durch eine Grotte, oder einen Springbrunnen. Kein Häuschen dem andern gleich, kein Garten dem andern. Alle verschieden an Gestaltung, Größe und Umfang. Keine Spur von gleichmachenden Bauverordnungen, und doch eine ganz geschlossene Anlage, weil ein Gedanke alles beherrscht: Der unbedingbar durchbrechende Wille nach einem eigenen Heim.

Was mich aber am meisten in Erstaunen setzte, war, daß im Morgengrauen des kalten Dezembertages aus den Kaminen der kleinen Niederlassung bald da, bald dort der Rauch aufstieg. Diese Bretterhäuschen waren also auch im Winter bewohnt! Schon hörte man links und rechts den Schrei eines erwachenden Kindes, und hier und da machte sich eine Mutter auf den Weg, um aus dem Kaufhaus, das inmitten der Kolonie auf freiem Platz errichtet war, einzuholen.

Nähezu 400 solche Häuschen hatten wir schon hinter uns — die meisten von ihnen auch jetzt im Winter bewohnt! — als wir endlich am äußersten Rande das Anwesen meines Begleiters erreichten. Sein Hündchen sprang ihm entgegen, und hinter dem geräumigen Vorhof tauchte, noch ganz verschlafen, ein wohlgenährtes, behäbiges Huhn nach dem andern auf, 25 im ganzen. Ich wurde in das Innere geführt. Es bestand aus 2 großen Räumen, die durch einen Rückenraum voneinander getrennt waren — Platz genug für die ganze 5köpfige Familie. Die Familie selbst traf ich nicht an. Sie wohnte, weil Schulbesuch und Verdienstmöglichkeiten es so mit sich brachten, den Winter über in der Stadt. Nur der Familienvater selbst konnte sich auch im Winter von seiner kleinen Besitzung und von deren 2- und 4beinigen Mitbewohnern nicht trennen, und man merkte ihm die Sehnsucht an auf die Zeit, wo die höherstehende Sonne mit ihrem Licht und ihrer Wärme auch seine Familie wieder hierher führen würde.

Das Häuschen sah in seinem Innern noch seiner letzten Vollendung entgegen, und ich erfuhr, daß es schon

an seiner 3. Stelle stand. Zweimal war es auf anderem Gelände aufgerichtet gewesen. Aber es hatte weichen müssen, weil der Boden, auf dem es seinen Platz hatte, nur Mietgelände war und verlassen werden mußte, weil der Platz zur Errichtung eines großen Mietshauses verwendet werden sollte. Erst im vergangenen Frühjahr war mein Gewährsmann hierher umgezogen. Zum zweitenmal hatte er jedes Brett losgeschlagen, jeden Stein seines Kamins abbrechen, jedes Bäumchen ausheben müssen, und zum drittenmal hatte er die Bretter zusammengesägt, den Kamin gebaut und seinen Garten angelegt. Alles in den Stunden, die ihm zwischen Arbeit und Schlaf übrig geblieben waren. Die Arbeitszeit hatte nicht gekürzt werden dürfen, wohl aber der Schlaf. „Sie können sich denken“, sagte er, „daß es oft bis an den Rand der Kraft geht, und diese Sommer über bin ich manchmal recht müde gewesen.“ Aber dann strahlten seine Augen. „Diesmal kann ich bleiben, denn unter dem Gelände gehört keiner Baugesellschaft, sondern einem Privatbesitzer, und der verdrängt uns so leicht nicht.“ „Sehen Sie diesen Pflaumenbaum? Ich habe ihn im Frühjahr aus meinem früheren Garten hierher gebracht, und in diesem Sommer hat er mir 80 Pfund Früchte getragen!“

Am Abend setzte ich mich mit dem Besitzer des Geländes in Verbindung. Er gab den Kolonie-Bewohnern den Quadratmeter Land gegen einen jährlichen Zins von 5 Pfennig ab. „Ich will die Leute wohnen lassen, solange ich irgend kann. Aber ob die Verhältnisse es mir gestatten, den Boden für 20 Jahre, wie manche Laubenbewohner hoffen, frei zu lassen, das kann ich schlechterdings nicht versprechen. Die Steuern sind zu hoch und ich bin u. U. zum Verkauf gezwungen.“

Aber trotz dieser ungewissen Lage gehen 400 Familien daran, auf gemietetem, unsicherem Lande ihr eigenes Häuschen zu bauen! Keine Hauszinssteuer bekommen sie dafür, keine Hypotheken. Alles wird aus den eigenen Ersparnissen geschaffen, alles während der kurzen Freizeit, die zwischen den Arbeitsstunden übrig bleibt, und alles aus Kräften von Familie und Freundschaft.

Solche unwürdigen Kräfte heherbergen noch unsere Großstädte! Was für eine Hoffnung erwächst daraus für unser ganzes Volksleben! Denn diese 400 Familien

schreiten gegen die Mächten aber von der Reichsregierung für diese Mißstände das Handwerk Brünning handeln. So sehr man dauern kann, ein

Briand läßt wieder

Die Pariser Verhandlungen des Frage der Zollvereinfachung der deutschen Zollvereinfachung zu sein. Briand, nach dem dieses Monats halten, in der einen neuen Weltkarte Europas plante Österreich grund schieben

Die Franzosen bereits die Neuanordnung sondieren. Gefordert, daß die Rückführungen hätten. Es ist in wirtschaftlicher nung getreten

Der Matrosen, daß die England und Frankreich, Bräutern, gemeinsamen Wirtschaft in reiches Wirtschaft und dieses als Schöber in Reich sein überfenden gehalten Rom und die an einer Wirtschaft und industriell

Das wichtigste, daß die österreichisch-deutsche hat. Was Programm B nicht bekannt, hinauslaufen, Frage der B. h. umfassen gebildet! Ohne Planes vorzug stellen, daß die mutet und die reichlich-deutsche aus der B. e.

Der Gedanke union wird die Hintergrund G daher für Deutschland dringlichsten

sind ja keines wissen. Wer von Berlin o wird immer i wollen und de Wüsteneien un ist, und der ins Freie auf Heim, — selbst auf gemieteter

Aber freilich achtungen her Diese 400 G kleinen und ferner Großstädte arbeitsloseste städtischen Be die wie jene heutigen Verh welche fremde ist gewiß ver Unermeßlich so wie die ob stadt heraus sie, für sich al kräftig genug, gemig Erspar wie es in der klümmern sie selbstgepflanzen. Denen i geholfen mer ein „Heimath mathaus erste der geholfen kann, davon

70 Jah

Ebenso wi viel Not, Sord liche Stunde Christlichen

der Braun auch
politische Frei-

er die rigorose
größer. Zahl-
Stellen, teils
volksparteiliche
ey, hat bei dem
gen die Polizei-
rtaut und Sinn
kündigt an, daß
Behörden nicht
tionen nicht aus-
das in Preußen
Steigbügel hält
rtung an diesen
rer Regierung.

llen, nur merkt
enen Artikel in
nia" die große
liche Empfinden
en genügend zu
Zentrumsblatt
igung der Not,
nn aber ausfü-
tigen Umständen
kann, als Um-
rbot der Stuhl-
not bedeute, sagt
eschränkung der
hrens aus geleg-
anspruch nehmen,
in denen Ver-
Polizei vorzeitig
entrumsblatt, et-
„Wir wünschen
Stellen noch ein-
wird, sie mögen
wolle man ein
tes Recht auf
n, die nur gegen
fentlich sind das
kündigung einer
Denn nur dann
ermania" einen

reichskanzler Dr.
hat in mehreren
Herrn Brüning
zum teilweisen
laßt daher ein
aller Deutlichkeit
errn Reichs-
verordnung mag
dann die Mög-
teipolitisch wi-
hohe Entrechung
er Herr Reichs-
nichts dagegen
nen Kreisen ein
Die rechtsgerich-
erster Zeit sei-
ng, daß er sein
dauernd erhal-
h diejenigen, die
entrechtet wer-
Weg zum Ein-

es auf anderem
s hatte weichen
nen Platz hatte,
werden mußte,
den Wietshausen
gangenen Freiz-
umgezogen. Zum
gen, jeden Stein
mchen ausheben
die Bretter zu
seinen Garten
m zwischen Ar-
n. Die Arbeiter-
wohl aber der
„daß es oft bis
a Sommer über
über dann strag-
ben, denn unter
fordern einem
so leicht nicht.“
ich habe ihn im
hierher gebracht,
fund Früchte ge-

es auf anderem
s hatte weichen
nen Platz hatte,
werden mußte,
den Wietshausen
gangenen Freiz-
umgezogen. Zum
gen, jeden Stein
mchen ausheben
die Bretter zu
seinen Garten
m zwischen Ar-
n. Die Arbeiter-
wohl aber der
„daß es oft bis
a Sommer über
über dann strag-
ben, denn unter
fordern einem
so leicht nicht.“
ich habe ihn im
hierher gebracht,
fund Früchte ge-

es auf anderem
s hatte weichen
nen Platz hatte,
werden mußte,
den Wietshausen
gangenen Freiz-
umgezogen. Zum
gen, jeden Stein
mchen ausheben
die Bretter zu
seinen Garten
m zwischen Ar-
n. Die Arbeiter-
wohl aber der
„daß es oft bis
a Sommer über
über dann strag-
ben, denn unter
fordern einem
so leicht nicht.“
ich habe ihn im
hierher gebracht,
fund Früchte ge-

es auf anderem
s hatte weichen
nen Platz hatte,
werden mußte,
den Wietshausen
gangenen Freiz-
umgezogen. Zum
gen, jeden Stein
mchen ausheben
die Bretter zu
seinen Garten
m zwischen Ar-
n. Die Arbeiter-
wohl aber der
„daß es oft bis
a Sommer über
über dann strag-
ben, denn unter
fordern einem
so leicht nicht.“
ich habe ihn im
hierher gebracht,
fund Früchte ge-

es auf anderem
s hatte weichen
nen Platz hatte,
werden mußte,
den Wietshausen
gangenen Freiz-
umgezogen. Zum
gen, jeden Stein
mchen ausheben
die Bretter zu
seinen Garten
m zwischen Ar-
n. Die Arbeiter-
wohl aber der
„daß es oft bis
a Sommer über
über dann strag-
ben, denn unter
fordern einem
so leicht nicht.“
ich habe ihn im
hierher gebracht,
fund Früchte ge-

es auf anderem
s hatte weichen
nen Platz hatte,
werden mußte,
den Wietshausen
gangenen Freiz-
umgezogen. Zum
gen, jeden Stein
mchen ausheben
die Bretter zu
seinen Garten
m zwischen Ar-
n. Die Arbeiter-
wohl aber der
„daß es oft bis
a Sommer über
über dann strag-
ben, denn unter
fordern einem
so leicht nicht.“
ich habe ihn im
hierher gebracht,
fund Früchte ge-

es auf anderem
s hatte weichen
nen Platz hatte,
werden mußte,
den Wietshausen
gangenen Freiz-
umgezogen. Zum
gen, jeden Stein
mchen ausheben
die Bretter zu
seinen Garten
m zwischen Ar-
n. Die Arbeiter-
wohl aber der
„daß es oft bis
a Sommer über
über dann strag-
ben, denn unter
fordern einem
so leicht nicht.“
ich habe ihn im
hierher gebracht,
fund Früchte ge-

es auf anderem
s hatte weichen
nen Platz hatte,
werden mußte,
den Wietshausen
gangenen Freiz-
umgezogen. Zum
gen, jeden Stein
mchen ausheben
die Bretter zu
seinen Garten
m zwischen Ar-
n. Die Arbeiter-
wohl aber der
„daß es oft bis
a Sommer über
über dann strag-
ben, denn unter
fordern einem
so leicht nicht.“
ich habe ihn im
hierher gebracht,
fund Früchte ge-

es auf anderem
s hatte weichen
nen Platz hatte,
werden mußte,
den Wietshausen
gangenen Freiz-
umgezogen. Zum
gen, jeden Stein
mchen ausheben
die Bretter zu
seinen Garten
m zwischen Ar-
n. Die Arbeiter-
wohl aber der
„daß es oft bis
a Sommer über
über dann strag-
ben, denn unter
fordern einem
so leicht nicht.“
ich habe ihn im
hierher gebracht,
fund Früchte ge-

es auf anderem
s hatte weichen
nen Platz hatte,
werden mußte,
den Wietshausen
gangenen Freiz-
umgezogen. Zum
gen, jeden Stein
mchen ausheben
die Bretter zu
seinen Garten
m zwischen Ar-
n. Die Arbeiter-
wohl aber der
„daß es oft bis
a Sommer über
über dann strag-
ben, denn unter
fordern einem
so leicht nicht.“
ich habe ihn im
hierher gebracht,
fund Früchte ge-

es auf anderem
s hatte weichen
nen Platz hatte,
werden mußte,
den Wietshausen
gangenen Freiz-
umgezogen. Zum
gen, jeden Stein
mchen ausheben
die Bretter zu
seinen Garten
m zwischen Ar-
n. Die Arbeiter-
wohl aber der
„daß es oft bis
a Sommer über
über dann strag-
ben, denn unter
fordern einem
so leicht nicht.“
ich habe ihn im
hierher gebracht,
fund Früchte ge-

schreiten gegen die preußischen Machthaber nicht genau,
müßten aber bestimmt glauben, daß, da es sich um eine
von der Reichsregierung erlassene Verordnung handelt,
es für diese Mittel und Wege gibt, um den „Preußen“
das Handwerk zu legen. In diesem Falle sollte Dr.
Brüning handeln, ehe es zu spät ist.
So sehr man dieses Kapitel „Notverordnung“ be-
dauern kann, ein Gutes ist dabei herausgekommen: Das

Vorgehen der Preußenregierung hat die Launen und
Gleichgültigen aufgerüttelt und veranlaßt, sich für das
Volksbegehren einzutragen. Die bisherigen Resultate
sind schon ein beachtenswerter Erfolg. Hoffentlich kann
am 22. April ein großer Sieg des Volksbegehrens ver-
kündet werden. Das wird aber nur erreicht, wenn der
letzte Wähler an den Eintragungstisch gebracht wird.
W. B.

Gegenoffensive Frankreichs.

Briand läßt einen Plan für die „wirtschaftliche
Wiederherstellung Europas“ ankündigen.

— Paris, 18. April.

Die Pariser Zeitungen berichten von neuen Ver-
mählungen des französischen Außenministers in der
Frage der Zollunion. „Um seine durch die österreichisch-
deutsche Zollvereinbarung erschütterte parlamentarische
Stellung zu festigen“, so heißt es darin, „beabsichtigt
Briand, nach dem Zusammentritt des Parlaments Ende
dieses Monats in der Kammer eine große Rede zu
halten, in der er ankündigt, daß er in Genf
einen neuen Plan für die wirtschaftliche Wiederherstel-
lung Europas vorlegen werde, der, wie er hoffe, die ge-
plante österreichisch-deutsche Zollunion in den Hinter-
grund schieben werde.“

Die französischen Diplomaten im Ausland sind
bereits „wiegen worden, in diesem Zusammenhang
die Meinungen, bei denen sie beglaubigt sind, zu
sondieren. Gekoren wurde in amtlichen Kreisen mitge-
teilt, daß diese Sondierungen bereits zu günstigen
Näherungen aus verschiedenen Hauptstädten geführt
hätten. Es zeige sich ein neuer Geist, der bisher
in wirtschaftlichen Angelegenheiten nicht in die Erschei-
nung getreten sei.“

Der Matin will darüber hinaus mitteilen könn-
en, daß die Mächte der Kleinen Entente sowie Polen,
England und Italien, „den Absichten Briands zuvor-
kommend, Frankreich spontan das Angebot gemacht
hätten, gemeinsam die Mittel zur Behebung der Wirt-
schaftskrise in Europa zu suchen“. Die Kanzleien der
genannten Länder würden binnen kurzem ein umfang-
reiches Wirtschafts- und Zollprogramm ausarbeiten
und dieses als Gegenentwurf gegen den Plan Curtius-
Schöber in Genf unterbreiten. Deutschland und Öster-
reich seien über diese Verhandlungen auf dem Lau-
fenden gehalten worden. „So arbeiten Paris, London,
Rom und die Länder Mitteleuropas im besten Geiste
an einer wirksamen Verteilung der landwirtschaftlichen
und industriellen Produktion.“

Das wichtigste an diesen Meldungen ist die Tat-
sache, daß Briand eine Gegenaktion gegen die
österreichisch-deutsche Politik der Zollunion eingelei-
tet hat. Was den sachlichen Inhalt des französischen
Programms betrifft, sind darüber Einzelheiten noch
nicht bekannt, doch wird alles wahrscheinlich darauf
hinauslaufen, daß Frankreich seiner Haltung in der
Frage der Vorzugszölle einer Revision unterliegen,
d. h. umfallen wird. Das ist ein recht mageres Er-
gebnis! Ohne der Veröffentlichung des französischen
Planes vorzugreifen, muß man doch schon heute fest-
stellen, daß dieses ganze Programm phantastisch an-
mutet und die Notwendigkeiten, die zum öster-
reichisch-deutschen Zollprotokoll geführt haben, nicht
aus der Welt schafft.

Der Gedanke der österreichisch-deutschen Zoll-
union wird durch Programme dieser Art nicht „in den
Hintergrund gedrängt“, und seine Ausführung bleibt
daher für Deutschland und Deutsch-Österreich eine der
dringlichsten Aufgaben!

sind ja keineswegs die einzigen, die sich so zu helfen
wissen. Wer sich die Zeit nimmt, einmal den Umkreis
von Berlin oder anderer Großstädte zu bereifen, der
wird immer wieder überrascht sein durch den Lebens-
willen und den Heimatwillen, der in den ersterbenden
Wüsteneien unserer Großstädte noch lebendig geblieben
ist, und der aus diesen Wüsten heraus drängt zurück
ins Freie auf ein Stückchen Land und in ein eigenes
Heim, — selbst wenn dies Heim nur für ein paar Jahre
auf gemietetem Lande errichtet werden kann.

Aber freilich wäre es nicht richtig, aus solchen Beob-
achtungen heraus die Hoffnungen zu hoch zu spannen.
Diese 400 Familien der Kolonie Bielefeld und ihre
kleinen und großen Schwesterkolonien im Umkreis un-
serer Großstädte beherbergen zweifellos die zähesten,
arbeitsfrohesten, heimatungstüchtigsten Familien unserer
städtischen Bevölkerung, und die Zahl solcher Familien,
die wie jene 400 in der Kolonie Bielefeld unter den
heutigen Verhältnissen noch im Stande sind, ohne irgend
welche fremde Hilfe sich ein eigenes Heim zu schaffen,
ist gewiß verhältnismäßig klein.

Unermesslich groß aber ist die Zahl derer, die, genau
so wie die oben beschriebenen Familien, aus der Groß-
stadt heraus möchten, wenn sie nur könnten. Nur sind
sie, für sich allein gelassen, nicht umfichtig und nicht tat-
kräftig genug. Sie haben auch nicht Zeit genug und nicht
genug Ersparnisse, um sich in derselben Weise zu helfen,
wie es in der Kolonie Bielefeld geschehen ist. So ver-
kimmern sie in der ungestillten Sehnsucht nach einem
selbstgepflanzten Gärtchen, einem selbstgebauten Häu-
schen. Denen muß aus ihrem Kummer und aus ihrer Not
geholfen werden, und ihnen zu helfen, dazu ist der Ver-
ein „Heimathilfe“ entstanden. Dazu soll auch das Hei-
mathaus entstehen. Wie es zu der Not gekommen ist, aus
der geholfen werden muß, und wie geholfen werden
kann, davon soll weiter die Rede sein.
G. v. B.

70 Jahre Jugendarbeit in Bielefeld.

Ebenso wie ein Mensch während eines langen Lebens
viel Not, Sorge und Mühe, aber auch manch helle, freund-
liche Stunde kennengelernt hat, so geht es auch dem
Christlichen Verein junger Männer „Bielefeld“, Papen-

Österreich und die Zollverhandlungen.

— Wien, 18. April.

Zu einer Habas-Meldung, wonach Österreich mit
Bezug auf den österreichisch-deutschen Zollunionsplan
die formelle Versicherung abgegeben habe, daß die Ver-
handlungen bis zur Prüfung der Frage durch den
Völkerbundsrat und die Studienkommission der Euro-
päischen Union „ausgesetzt“ werden würden, veröffent-
licht die Wiener amtliche Nachrichtenstelle folgende
Erklärung:

Mit Rücksicht auf den Antrag des englischen Mi-
nisters Henderson, daß die zwischen Österreich und
Deutschland getroffenen Vereinbarungen zur Wieder-
aufnahme von Verhandlungen über die Angleichung der
zoll- und handelspolitischen Verhältnisse vom Völker-
bundsrat nach der juristischen Seite überprüft werden
sollen, hat die österreichische Regierung in Überein-
stimmung mit der deutschen Regierung entsprechend
ihrer Zusage, vorher kein fait accompli zu schaffen,
eine seitens ausländischer Gesandter gestellte Anfrage
dahin beantwortet, daß Österreich die Besprechungen
im Völkerbundsrat, zu denen es sich bereit erklärte,
abwarten werde, um so mehr, als es inzwischen mit
internen Arbeiten beschäftigt sei.“

Deutschlands Note veröffentlicht

Der Zweck des Zollantrags.

— Genf, 18. April.

Die Note des Reichsaussenministers an den Ge-
neralsekretär des Völkerbundes wird jetzt im Wortlaut
veröffentlicht. Sie gibt in wenigen Sätzen eine Er-
läuterung des Antrages, die „Entwicklung der Zollver-
hältnisse in Europa“ auf die Tagesordnung der Europa-
konferenz zu setzen. Dr. Curtius sagt:

„Die deutsche Regierung hält es für nützlich, noch-
mals die Lage zu diskutieren, die durch die gegenwärtigen
Zollverhältnisse in Europa und durch das Scheitern
des Genfer Handelsabkommens vom 24. März
1930 entstanden ist. Sie möchte dabei ihrerseits Mit-
teilung machen über die Absichten, die sie auf diesem
Gebiet in Übereinstimmung mit der österreichischen
Regierung verfolgt. Sie hält es weiterhin für er-
wünscht, daß die Möglichkeit, die sich aus der Einräu-
mung von Präferenzzöllen für die Verbesserung
des europäischen Warenaustausches ergeben, bei
dieser Gelegenheit erneut erörtert wird.“

Österreichs Landwirtschaft begrüßt die Zollunion.

Die Konferenz der österreichischen Landwirtschafts-
kammern begrüßt die geplante Zollunion herzlich und gab
der Hoffnung Ausdruck, daß diese Erweiterung des Wirt-
schaftsgebietes auch der gesamtösterreichischen Landwirtschaft eine
Besserung bringen möge.

Als Nachfolger Churchills ist Neville Chamber-
lain zum Vorsitzenden des Finanzausschusses der konser-
vativen Partei Englands gewählt worden.

markt, der in diesen Tagen auf eine siebzigjährige Ver-
einbarkeit zurückblicken darf. Und das Erfreuliche: diese
Arbeit war nicht vergeblich. Handelt es sich doch um eine
kulturell und erzieherisch hochwertige Einrichtung im
Sinn der Wohlfahrtspflege, der Menschenbildung und um
uneigennützigste Liebesarbeit. So ist ein solches Gedank-
gut von weitreichender Bedeutung für die Allgemeinheit. Die
Geschichte des Vereins erzählt von ganz kleinen Anfängen
in dem alten Vereinshaus an der Altstädter Kirche. Bald
schloß sich der Verein dem Weltbunde der Christlichen
Vereine junger Männer an und bezog 1896 unter Führung
seines verdienstvollen früheren Vorsitzenden, Herrn Pastor
D. Michaelis, sein neues Heim am Papenmarkt, die
„Volkshalle“, eine langjährige Vergnügungsstätte, die nun
für die Reichsgottesarbeit angekauft war. Hier entfaltete
der Verein im Laufe der Jahrzehnte eine rege Tätigkeit.
Junge Kaufleute, Bäcker, Kellner und andere Berufs-
zweige wurden in Gruppen gesammelt und in Belehren-
gen und Unterhaltungsstunden mit Rat und Tat geholfen, wie
und wo es nötig war. Jugendabteilungen, Turner (Eichen-
kreuzturnerschaft), Wanderscharen, Ferienfahrten, Frei-
zeiten, Gesangs- und Musikhöre und viele andere Abtei-
lungen sorgten für Förderung und Ertüchtigung des Lei-
bes und der Seele. Vorträge und Kurse dienten zur
Vertiefung auf allen Gebieten des geistigen und künftle-
rischen Lebens. Viele bedeutende Männer und Frauen
dienten dem Vereinsgedanken, so Pastor Le Seur, Schrift-
steller Spemann, die Dichterin Marie Feische u. a. m.
Das Heim besitzt außer einem großen Saal eine geräumige
Turnhalle und mehrere Vereinszimmer, sowie im Vorder-
haus freundlich einladende Erfrischungsräume, in denen
auch anderen Gästen mittags und abends Speisen und
Getränke gereicht werden. Aber nicht all dies Außer-
liche ist der Wesenskern und das Ziel der Arbeit an dem
jungen Mann, sondern die geistige Leitung und Führung
mittels der Erkenntnis einer alles beherrschenden christ-
lichen Weltanschauung, wie denn das Recht und die Be-
deutung eines Vereinswesens wie das des C.V.j.M. in den
Reichsgottesdiensten liegt, die erstrebt werden. Die segens-
reiche Arbeit des Vereins möge weiterhin Anerkennung,
mehr als bisher Beachtung und tatkräftige Unterstützung
in der breiten Öffentlichkeit finden, denn für sie, das
heißt für „Menschentum“ setzt sich der C.V.j.M. „Biele-
feld“ in selbstloser Arbeit rüstig ein.

Kapitulation des Landtags?

Landtagsauflösung im Herbst? — Von der Preußen-
koalition erwogen.

Berlin, 17. April. In den Reihen der preußischen
Regierungskoalition sind zurzeit Erwägungen darüber im
Gange, ob es sich nicht empfiehlt, ohne Rücksicht auf den
Ausgang des Volksbegehrens und des später folgenden
Volksentscheides den preußischen Landtag noch im Laufe
des Sommers aufzulösen und Neuwahlen zu veranstalten.
Von gutunterrichteter Seite wird versichert, daß sich die
Erörterungen in der letzten Zeit bereits zu konkreten Vor-
schlägen verdichtet haben, die darauf hinauslaufen, etwa
im September oder Oktober Landtagsneuwahlen statt-
finden zu lassen. Der Grund dafür dürfte u. a. in dem
Wunsche zu suchen sein, die Neuwahlen für das Preußen-
parlament der Zeit nach möglichst weit von der Neuwahl
des Reichspräsidenten abzusetzen, die bekanntlich im Früh-
jahr 1932 nach Ablauf der Antsbauer Hindenburgs erfol-
gen muß. Man hofft wohl auch, daß der Sommer mit
seinen günstigeren Beschäftigungsziffern eine ruhigere
Wahlstimmung schafft, als das Frühjahr, in dem die Ar-
beitslosigkeit des Winters noch nicht genügend überwun-
den ist. Den entscheidenden Anstoß zu den Erwägungen
innerhalb der preußischen Regierungskoalition hat aber
zweifelslos das Stahlhelm-Volksbegehren gegeben, von
dessen Ergebnis auch die letzte Entscheidung über den
Plan der Landtagsneuwahl schon im Herbst abhängen
dürfte.

236549 Eintragungen in Berlin.

Die Eintragungen für das Volksbegehren in Berlin
am Freitag.

Berlin, 17. April. Am Freitag haben sich in Berlin
21 511 Personen für das Volksbegehren eingetragen. Die
Gesamtzahl der Eintragungen bis einschließlich Freitag
stellt sich damit auf 236 549.

Es ist höchste Zeit.

daß Du Dich in die Liste des Stahlhelm-Volksbegehrens
zweckst

Auflösung des preußischen Landtags

einträgt.

5,2 Millionen

Eintragungen sind erforderlich. An dieser Zahl fehlt
Deine Stimme noch immer.

Nur noch zwei Tage (bis zum 21. April) liegen die
Listen auf. Also beeile Dich und

trage Dich ein!

Anrufung des Reichsgerichts.

Die Beschwerde gegen das Verbot der Stahlhelm-
Zeitung vom Reichsinnenministerium weitergeleitet.

— Berlin, 18. April.

Das Reichsministerium des Innern hat die Be-
schwerde des Stahlhelms wegen des vom Berliner Po-
lizeipräsidenten ausgesprochenen Verbots des Bundes-
organs an den IV. Strafsenat des Reichsgerichts wei-
tergeleitet. Gleichzeitig richtete Staatssekretär Zweigert
ein Schreiben an das Reichsgericht, in dem er ausführte:

„Ich trete dem preußischen Minister des Innern
und dem Polizeipräsidenten darin bei, daß der be-
anstandete Artikel die Voraussetzungen des Para-
graph 1, Absatz 1, Nr. 2, Paragraph 12, Ab-
satz 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur
Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.
März 1931 erfüllt und daß angesichts der außer-
ordentlichen Schwere der in dem Artikel ausge-
prochenen, in keiner Weise zu rechtfertigenden Vor-
würfe ein Verbot der Druckchrift auf angemessene
Zeit am Plage ist.“

Was die Dauer des Verbots anlangt, so habe
ich gegen die Auffassung des preussischen Ministers
des Innern und des Polizeipräsidenten insoweit
bedenken, als ich angesichts der Tatsache, daß der
Stahlhelm zur Zeit im Kampfe für das von ihm
betriebene Volksbegehren steht, eine kürzere Verbots-
dauer für angemessen halte.“

Zum Schluß betont der Staatssekretär, das Reichs-
innenministerium habe davon abgesehen, von sich aus
das Verbot abzulösen, weil das Verbot sich u. a.
auch auf das seiner Zuständigkeit entzogene Republi-
kanschug stütze.

Anerkennung der Republik Spanien durch Frankreich und Chile.

Madrid, 17. April. Chile hat als dritter Staat die
spanische Republik anerkannt. Zur offiziellen Flagge der
Armee und der Marine ist die rot-gelb-violette Flagge er-
klärt worden, die in der Mitte das spanische Wappen,
gekrönt mit der Mauerkrone enthält. Der Kriegsminister
hat angeordnet, daß die sonntäglichen Messen in den Ka-
sernen weiter abgehalten werden sollen; die Beteiligung
ist den Militärangehörigen jedoch freigestellt. Ein Pioneer-
offizier ist zu Arrest verurteilt worden, weil er bei einer
Rundgebung am Mittwoch eine republikanische Flagge ge-
tragen hat. Dies widerspricht einem Befehl der neuen
Regierung, wonach die Armee sich jeder politischen Neu-
ßerung zu enthalten habe.

Der Quai d'Orsay gibt amtlich bekannt, daß Frank-
reich die neue spanische Regierung de jure anerkannt habe.
Wie hier bekannt wird, ist zum Nachfolger des Botschafters
Quinones de Leon als Vertreter Spaniens im Völkerbund
Außenminister Llerroux ausersehen worden.

Katholische Prominente für das Volksbegehren.

Kürzlich veröffentlichte das Zentrum einen Aufruf gegen das Volksbegehren des Stahlhelms. Die Einstellung gegen das Volksbegehren wird wie folgt begründet:

1. Die politische Zweckheit des Zentrums mit der SPD sei doch recht ersprießlich gewesen.

Das mag richtig sein, wenn man die Ersprießlichkeit im Gesichtswinkel der Zentrums- und SPD-Personalpolitik betrachtet. Jedenfalls hat das Zentrum aus dieser politischen Zweckheit recht günstig abgeschnitten, wenn man z. B. an das Konkordat denkt.

2. Die politische Bettgenossenschaft begründe ja noch lange nicht die Gefinnungsgemeinschaft.

Wenn man zehn Jahre lang politisch Seite an Seite sitzt, sei es auch nur auf Grund einer gemeinsamen Verbundenheit gegen den Feind, der rechts steht, so färbt doch mancherlei von der Kampfweise der SPD auf das Zentrum ab.

3. Die an sich schon bedrohte Volksgemeinschaft werde durch ein Volksbegehren nur erneut gestört.

Als ob in Preußen eine Volksgemeinschaft in dem Sinne bestünde, wie wir sie alle erhoffen. Mit Hilfe des Zentrums hat die SPD ja von jeher versucht, die Rechte niederzuhalten und den nationalen Widerstandswillen mit allen ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln zu brechen. Das, was Zentrum und Sozialdemokratie und ihre Organisation verbindet, ist keine Volksgemeinschaft, sondern eine Interessengemeinschaft, und wir wehren uns ganz entschieden gegen die Behauptung, daß Interessengemeinschaft mit wahrer Volksgemeinschaft gleich zu setzen sei. Durch das Volksbegehren kann eine nicht bestehende Volksgemeinschaft folglich auch nicht gestört werden. — Die rechte Antwort auf diese Erklärung des

Zentrums gibt ein von der Zentrumsprelle bisher recht nebenfächlich behandelter Aufruf katholischer Prominenten, unter denen wir Namen aus altem katholischem Adel finden. In diesem Aufruf, der sich gegen die politische Zweckheit des Zentrums mit der SPD wendet, finden wir auch den Namen Windthorst. Windthorst war der große Führer des Zentrums nach 70, ein scharfer aber immerhin ritterlicher Gegner Bismarcks. Der Neffe Windthorst's, der Staatsanwaltschaftsrat Windthorst-Weßfalen begleitet den Aufruf katholischer Prominenten für das Volksbegehren mit den Worten, daß er den Aufruf umso lieber unterzeichne, als sein großer Onkel niemals in eine Politik gewilligt haben würde, wie sie das Zentrum heute zusammen mit der Sozialdemokratie betreibt.

So erfreulich solche Bekenntnisse nationaler katholischer Staatsbürger sind, so wenig werden sie an dem Zustand ändern können. Das Zentrum hat die Verpflichtung, jene Sozialdemokratie bis zum Äußersten zu decken, die ihm zu einer Vorrechtsstellung gegenüber dem evangelischen Preußen verhalf, wenn es bei der Sozialdemokratie als anständiger Unterhändler gelten will.

Im übrigen ruht die politische Bettgenossenschaft zwischen Zentrum und Sozialdemokratie auf dem gewerkschaftlichen Flügel des Zentrums, der im Machstreben hinter dem sozialistischen Gewerkschaftsflügel nicht zurückstehen will. Erst lange nach dieser Gewerkschaftsinteressenpolitik kommt das übrige Deutschland. J. v. A.

Grubenunglück durch Sprengstoffanschlag?

Auslösung einer Belohnung.

Seit der Explosion auf der Grube Eschweiler Reserve am 21. Februar sind an verschiedenen Stellen der Grube Dynamitpatronen gefunden worden. Die Staatsanwaltschaft Aachen hat jetzt durch Plakat-

anschlag eine Belohnung von 1000 Mark für Angaben ausgesetzt, die zur Aufklärung der Diebstähle und zur Festnahme der Täter führen.

Es besteht der begründete Verdacht, daß Sprengstoffe, die in der Grube gestohlen worden sind, und in ihr verborgen waren, zur Explosion geführt haben, die sich am 21. Februar 1931 im Revier 12 ereignete und 32 Bergleute das Leben gekostet hat.

Die Vermutung, daß ein Verbrechen vorliegt, wird verstärkt durch die Tatsache, daß in der Nähe des Explosionsherdes nach dem 21. Februar Dynamitpatronen gefunden wurden.

Großfeuer im Eichsfeld.

— Heiligenstadt, 18. April.

In Rheinholtrode entstand in dem Wirtschaftsgelände der Landwirte Apel und Kade ein Feuer, dem vier Scheunen, sämtliche Stallungen und zwei Schuppen mit Landwirtschaftsgerät zum Opfer fielen. Verbrannt sind ferner zwei Pferde, sechs Rinder, sechs Schweine und sämtliche Ferkel. Auch die Wohnhäuser der beiden Landwirte haben schweren Schaden erlitten. Nur der Windstille und dem einsetzenden Regen ist es zu verdanken, daß das Unterdorf mit seinen 40 Häusern vom Feuer verschont geblieben ist.

Bethel.

— Christl. Verein junger Männer.

Sonntag sind wir im Senneheim. Jugend heute 7.30 Uhr ab Gosen. Montag 8.15 Uhr Männerchor. Letzte Probe für Jahresfest in der Sareptakapelle.

Christl. Verein junger Mädchen.

Montag 8 Uhr Turnen. Dienstag 8 Uhr Kursus für Gruppenmütter und Helferinnen. Mittwoch 8 Uhr Bibelstunde Herr Pastor Boigt, altes Testament.

Schriftleitung: W. Kraus; Wirtschafts- und Westpolitik: Dr. G. Hüttel; Anzeigen: A. Diekmann; alle in Bethel.

Für alle Beweise der Teilnahme und Liebe beim Heimgang unserer lieben Entschlafenen sprechen wir unseren Freunden und Bekannten unseren herzlichen Dank aus.

Im Namen der Hinterbliebenen
R. Grotz, Hausvater.

Bethel, den 17. April 1931.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz Oranien, Oranienstr. 53. Zimmer mit und ohne Verpfleg., 5 Min. vom Bahnhof. Mäßige Preise.

Wählen Sie für die Küche und Büro eine
elektrische Uhr
sie bedarf keiner Wartung. In allen Fabrikaten erhältlich bei

H. Breder, Uhrmacher
Fernruf 1012 BIELEFELD Gütersloher Str. 14

Leibstütsbinden
erhöhen das Wohlbefinden
Fachmännische Beratung und Bedienung
Reformhaus zur Gesundheit
Bahnhofstraße 2 Ecke Bahnhof

Lubendorff und das Christentum
Eine Abrechnung von Pastor Bruns, Langwarden i. Oldbg.
Die 16 seitige Broschüre ist zum Massenvertrieb geeignet und zu beziehen vom **Sonntagsverlag** (Krause & Randermann) in Bremerhaven, Lloydstraße 15.
10 St. 1.—, 25 St. 2.—, 50 St. 3.—, 100 St. 5.—, 500 St. 22,50 Mk., 1000 St. 40 Mk. — Probehefte kostenlos.

Bad Berka. In kleinem Erholungsheim finden
3-4 junge Mädchen
Aufnahme zur Erlernung der Küche, des Haushalts, anfertigen v. Wäsche u. Kleidern, Handarbeiten. Pensionspreis 60 Mk. monatl. Ebenso finden junge Mädchen u. Kinder guten **Erholungsaufenthalt** für kürzere u. längere Zeit bei mäß. Preis. C. Rost, Klosterberg 59a.

Schülerinnenheim
des Evang. Lyzeums
in Arnberg i. Westf.
Besondere Vorzüge: gesunder, fördernder Unterricht in sehr kleinen Klassen, möglichst im Freien. Tägliche Arbeitsstunden. Erziehung im evang. Geist. Gute Verpflegung. Verlässliche Überwachung. Viel Bewegung in waldreicher Höhenluft. Ausflüge durch
Studiendirektorin von Buttamer.

Junge staatlich geprüfte
Kindergärtnerin
sucht Stelle in Heim, Kindergarten oder Familie.
Gedwig Schmitz, Hagen i. W. Franzstr. 13.

Raumnotmöbel
Sofa
Sessel
Ruhebetten
Wäschräumen
Diwanddecken
in bekannter Güte.
Polsterwerkstätten Ordelheide
Bielefeld, Kreuzstraße 43.

Im stillen Schwarzwaldort umgeben von Wald und Wiesen finden
Erholungsbedürftige
bei guter Verpflegung Aufnahme. Pension pro Tag 3,50 Mk. und Kinder 2,50 Mk. Angeb. unter A 1441 an die Geschäftsst. d. Bf.

Locarno-Monti
Südschweiz.
Christl. Erholungsheim Tabor.
An der neuen Straße Locarno-Monti Bré, idyllisch, ruhiges, sonniges Heim in klimatisch vortrefflicher Höhenlage, bietet Ihnen Erholung an Leib und Seele und zugleich beste Gelegenheit, die Schönheiten des Südens kennen zu lernen. Hausanrichten. Auf Wunsch Diätküche. Eig. Auto. Prospekt; bescheidene Preise; das ganze Jahr offen.
W. Keller, Prediger.

Seiblabesuren
mit Pflanzenextrakten sind
Wunderkuren
Wir empfehlen:
Brennnessel, Löwenzahn, Johanniskraut, Birken, Knoblauchsaff etc.
Flasche 1.00
Reformhaus Eden
Neustädterstraße 8.

Sonntag, den 19. April 1931
abends 8 Uhr
Orgel-Musik
auf der neuen Orgel der Pauluskirche
Walter Kraft
Organist an St. Marien in Lübeck
Frau Elisabeth Schreff (Sopran)
Orgelwerke von Scheidt bis Reger
Lieder von Bach und Wolf
Außerdem:
Orgelvorführung mit Improvisation

Knoblauchzwiebelaff
ist ein hochwertiges Naturmittel und besitzt die Eigenschaft den erhöhten Blutdruck herabzusetzen, daher äußerst wirksam gegen Arterienverkrüftung und Hämorrhoiden, gut gegen Magen- und Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen- und Leberbeschwerden, Würmer, bei Zucker, Gicht, Rheumatismus und Asthma sehr zu empfehlen. Schon vor 3000 Jahren gebrauchten die orient. Völker den Knoblauch gegen viele Krankheiten und sollte dieses hochwertige Naturmittel deshalb in keiner Familie fehlen. Preis pro Flasche für ca. 4 Wochen reichend Mk. 3.50. Bei gefloßener Bestellung von 5 Flaschen liefere ich die 6. Flasche gratis franco Nachnahme.

Otto Kadas, Bad Deynhausen 4.

Haus Priel-Reinbek-Schloß
am Sachsenwald und Billestrand.
Neu hergerichtet, gr. Veranda. Park mit Liegewiese am Wasser. Preise niedrig, entgegenkommend. Küche sehr gut; auf Wunsch extra Kost. Tägliche Bibelschule. Viele Ausflüge, Heide, Elbstrand, Seebäder. Prospekt und Bild durch Marg. von Patow.
Hausmädchen
für täglich mehrere Stunden zum 1. Mai gesucht.
Bielefeld, Zastrowstr. 25 1. Trepp
Stellengesuche u. Angebote
haben im
„Aufwärts“ großen Erfolg!



Für gut nimm Pflanzung schon in 10 Liter Lösung von Seifenlösung Reinigungskraft!

So außerordentlich ergiebig, so billig, so sparsam ist 1 Liter EBI-Öl auf 10 Liter — 1 Eimer heißes Wasser — schon haben Sie eine leistungsstarke Arbeitshilfe, die Ihnen das Aufwaschen, Spülen und Reinigen ungemein erleichtert und beschleunigt. Und wie vielseitig ist 1 Da gibt es nichts in Küche und Haus, was nicht mühelos, schnell und gründlich säubert. Unaufhaltsam weicht Schmutz und Fett dieser kraftvollen Reinigungshilfe. In hellstem Schein blitzen und blinken Schüsseln, Teller und Tassen — klar und rein strahlt Marmor und Glas. Alles atmet gepflegte Sauberkeit — in kürzester Zeit — mit wenig Mühe! Bei allen Reinigungsarbeiten stets

Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät.
Hergestellt in den Persil-Werken.



Nr. 91.

Was m
muß m
durch f
die sch

„Deuts

Im Jahre
eine Landha
guerre. Das
eines jeden
das gewaltig
ganze Welt
tum Branden
fischen Ufern
den Serben,
Meilen jense
die Karte all
lachten, einig
sagte sehr er
Und wie
Kurfürst von
päischen Völk
deutsche Reich
seit zwölf Ja
in den Dien
Europas zu
jüngst selbst
land, einst d
luft, steht me
Südosten Eu
enlager, und
schließen jün
erhob: „Noch
sche Protest
vertrat unter
fchen Kamm
Standpunkt
liegt an der
dieses Kan
strategischen
nach dem d
dann ist der
und über d
über den F
guerre — w
Wenn ich
seit dem Kr
Worte ein:
Unsere unb
Erfüllungsge
deutsch-franz
nicht wünscht
das für den
einig! Aber
deutscher Se
von Verfall
den Wünschen
gehendst Re
nicht laut ge
lingen konn
dammen, nu
hungernden,
stilles Leben
seligkeit! O
die Franzose
Kultur, als
habensten V
oft, wenn i
Poitens ode
verraten wi
war: Recht
Gefinnung!
Franzosen z
eingestellt i
denn ein T
Volke gesag
Es gibt k
Frankreich,
Schuldige
Vöses m u
ängstlich ü
Wenn sie d
kennen wol
recht gekann
auch nicht d